

PRESSEMITTEILUNG

Kommunen in Nordrhein-Westfalen profitieren vom Corona-Hilfspaket

Die Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen haben im Jahr 2020 erneut einen Überschuss erwirtschaftet und den Abbau ihrer Kassenkredite fortgesetzt. Ursächlich für die positive Entwicklung waren umfangreiche Hilfen von Bund und Land. In den Folgejahren drohen jedoch Haushaltskrisen.

Gütersloh, 06. Juli 2021. Die Corona-Pandemie und die sich anschließende Rezession haben die Kommunen im Jahr 2020 finanziell schwer belastet. Nur durch ein historisches Hilfspaket von Bund und Land konnte der Rückfall in flächendeckende Haushaltskrisen abgewendet werden. Großteils abgeschirmt von den finanziellen Schäden erreichten Städte, Gemeinden und Kreise 2020 wieder einen Überschuss, konnten die Kassenkredite weiter abbauen und zudem die Investitionen erneut deutlich steigern. Dennoch stehen die Kommunen vor einer ungewissen Zukunft. Ohne zusätzliche Finanzhilfen in den kommenden Jahren drohen die hart errungenen Erfolge des vergangenen Jahrzehnts wieder verloren zu gehen.

Rückgang der Gewerbesteuer um 2,5 Milliarden Euro

Die Krisen trafen die Kommunen bei den Einnahmen und Ausgaben. In Summe lässt sich der finanzielle Schaden im Jahr 2020 auf 4 Milliarden Euro schätzen. Der größte Effekt war der Rückgang der konjunktursensiblen Gewerbesteuer (Brutto-Gewerbesteuer) um rund 2,5 Milliarden Euro gegenüber dem Vorjahreswert, der die steuerschwachen Städte überproportional getroffen hat. So verloren zum Beispiel Gelsenkirchen über 70 Prozent und Duisburg über 40 Prozent ihres Aufkommens. Aber auch bei der Einkommensteuer und den kommunalen Gebühren traten Verluste auf.

Kommunen profitieren von Bund-Länder-Hilfsprogrammen

Um die Kommunen in der Krise finanziell handlungsfähig zu halten, reagierten Bund und Land im Frühjahr 2020 mit einem beispiellosen Hilfsprogramm. Die Maßnahmen sind in ihrer Vielfalt kaum abschließend aufzulisten und belaufen sich allein für das Land NRW auf weit über 4 Milliarden Euro im vergangenen Jahr. Finanziert wurden sie großteils durch die Aussetzung der Schuldenbremse. „Diese Hilfen sind richtig und unvermeidlich, denn in der Krise müssen die Kommune handlungsfähig bleiben“, sagt Kirsten Witte, Kommunal-Expertin der Bertelsmann Stiftung.

Die fiskalisch bedeutsamste Maßnahme war die Erstattung der Ausfälle der Gewerbesteuer für das Jahr 2020 durch Bund und Land gemeinsam. Da die Rezession milder verlief als geschätzt, stand den Kommunen einschließlich der Erstattungen sogar ein höheres Steueraufkommen zur Verfügung als im Vorjahr. Hinzu kam, dass die erhöhte Gewerbesteuerumlage zur Beteiligung der westdeutschen Kommunen an den Kosten des Solidarpakts Ost 2020 auslief. „Dies entlastet die nordrhein-westfälischen Gemeinden dauerhaft und allein in 2020 um weitere 800 Millionen Euro“, sagt René Geißler, Professor für öffentliche Wirtschaft der Technischen Hochschule Wildau und Mitautor der Studie.

Im Jahr 2020 hat der Bund seinen Kostenanteil an den kommunalen Hartz-IV-Kosten (Kosten der Unterkunft – KdU) in allen Ländern um 25 Prozentpunkte auf bis zu 74 Prozent der bundesweiten KdU-Ausgaben erhöht, was für Nordrhein-Westfalen eine Milliarde Euro bedeutet. Diese Hilfen erreichen überwiegend sozialschwache Städte. So erhält zum Beispiel die Stadt Gelsenkirchen infolge ihrer Sozialstruktur je Einwohner fast vier Mal mehr Mittel als wirtschaftsstarke Kreise wie Borken oder Coesfeld.

Darüber hinaus hat das Land den Kommunen die schließungsbedingten Einnahmeausfälle bei den Elternbeiträgen für Kinderbetreuungseinrichtungen zur Hälfte erstattet und den kommunalen Finanzausgleich für 2021 um fast 1 Milliarde Euro aufgestockt.

Kommunale Investitionen steigen stark

Durch die Stabilisierung der Haushalte konnten die Kommunen ihre Pläne im Jahr 2020 relativ unbeschadet umsetzen. Die Investitionen setzten den mehrjährigen Wachstumstrend fort und erreichten ein neues Hoch von fast acht Milliarden Euro; gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem Plus von nahezu 25 Prozent. Allerdings fällt das Investitionsverhalten weiterhin regional höchst unterschiedlich aus. So entsprachen die Pro-Kopf-Investitionen der am Stärkungspakt teilnehmenden Städte 2020 nur rund zwei Dritteln des Landesdurchschnitts. Die regionalen Unterschiede in der Infrastruktur, der Standortqualität und der Zukunftsfähigkeit sind daher nach wie vor groß.

Weiterhin hohe kommunale Kassenkredite

Die Kassenkredite, quasi der Dispo-Kredit der Kommunen, bleiben in einigen Kommunen Nordrhein-Westfalens ein Problem. Sie gehen im Regelfall einher mit hohen Sozialausgaben und Steuersätzen sowie mit niedrigen Investitionen und allgemein geringen Handlungsspielräumen für die Lokalpolitik. Im Landesdurchschnitt sind die Kassenkredite trotz der Coronakrise erneut leicht auf gut 21 Milliarden Euro gesunken. Sie lagen damit mehr als fünf Milliarden Euro unter dem Höchststand von 2016. Allein die Stadt Essen konnte die Kassenkredite um mehr als eine Milliarde Euro reduzieren. Neben Nordrhein-Westfalen weisen die Kassenkredite auch in Rheinland-Pfalz und dem Saarland problematische Werte auf. „Die regionale Konzentration ist weiterhin hoch. Ein Drittel des bundesweiten Volumens entfällt auf nur elf Städte Nordrhein-Westfalens“, erklärt René Geißler.

Drohende Defizite in den Folgejahren

Das Jahr 2020 haben die Kommunen durch Finanzhilfen von Bund und Land finanziell relativ unbeschadet überstanden. Aber nach derzeitigem Stand wird der Großteil dieser Hilfen in den kommenden Jahren nicht fortgeführt. Da die Ausgaben unbeirrt weiter steigen und die Steuern den Vor-Krisen-Trend erst mittelfristig wieder erreichen werden, ist der Ausblick pessimistisch. Ohne neue Finanzhilfen drohen kommunale Haushaltskrisen. „Die Erfolge des Stärkungspaktes im vergangenen Jahrzehnt wären schlagartig aufgezehrt und Zukunftsaufgaben erschwert“, prognostiziert Kirsten Witte.

Zusatzinformationen

Der Kommunale Finanzreport der Bertelsmann Stiftung erscheint alle zwei Jahre. Er basiert auf den jeweils aktuellsten amtlichen Finanzstatistiken. Ziel des Kommunalen Finanzreports ist es, die regionalen und zeitlichen Trends wichtiger Indikatoren für die Kommunen der Flächenländer aufzuzeigen. Er wird in Kooperation mit der Technischen Hochschule Wildau und Experten aus der Praxis erarbeitet.

www.kommunaler-finanzreport.de

Unsere Ansprechpartner:innen: Dr. Kirsten Witte, Telefon: 05241 8181030
E-Mail: kirsten.witte@bertelsmann-stiftung.de

Prof. Dr. René Geißler, Telefon: 0152 38937142
E-Mail: rene.geissler@th-wildau.de

Über die Bertelsmann Stiftung: Menschen bewegen. Zukunft gestalten.

Die Bertelsmann Stiftung setzt sich für eine gerechte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben ein. Sie will Bildung verbessern, Demokratie gestalten, Gesellschaft entwickeln, Gesundheit aktivieren, Kultur leben und Wirtschaft stärken. Durch ihr Engagement möchte sie alle Bürgerinnen und Bürger ermutigen, sich für das Gemeinwohl einzusetzen. Die gemeinnützige Stiftung wurde 1977 von Reinhard Mohn gegründet.

Weitere Informationen: www.bertelsmann-stiftung.de